A Leitantrag an den 9. Landesparteitag

A.1 Wirtschaftspolitische Leitlinien "Arbeiten, Wirtschaften und Leben – Diskussionsvorschlag zu einem Zukunftsprogramm für Sachsen"

ÄA.1.23. Änderungsantrag zu den Wirtschaftspolitischen Leitlinien – Offensive für forschungs- und wissensintensive Produkte

EinreicherInnen: Beratung der Delegierten der linksjugend ['solid] Sachsen und

weiterer junger Delegierter. Darunter: Tilman Loos, Werner Kujat, Marlen Brückner, Anne Raasch, Steffen Juhran, Anna Gorskih, Marco

Böhme, Nico Reichenbach, Sandra Weiße

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Einfügung in Zeile 329:

" Wobei wir generell die Anpassung des Lohns der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter an den Lohn der Festangestellten und zusätzlich eine Flexibilitätszulage von zehn Prozent, fordern."

Neu:

"Nur Unternehmen mit einem Anteil von weniger als 10 Prozent Leiharbeitern an der Belegschaft, können Investitionsförderungen im vollen Umfang erhalten. Bei einer Quote von mehr als 30 Prozent entfällt die Förderung komplett.

Wobei wir generell die Anpassung des Lohns der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter an den Lohn der Festangestellten und zusätzlich eine Flexibilitätszulage von zehn Prozent, fordern."

Begründung:

Leiharbeiterinnen und -arbeiter müssen mit der ständigen reellen Furcht vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes leben. Zu den ohnehin schon bestehenden Nachteilen eines solchen Arbeitsverhältnisses (kein Teil der Stammbelegschaft, Schikane, Gefühl "moderner Sklave" zu sein) kommt die meist schlechte Bezahlung. Wir treten als LINKE für den Grundsatz "gleiche Arbeit- gleiche Löhne" ein. Das Gehalt einer Leiharbeiterin bzw. eines Leiharbeiters muss daher dem Gehalt eines Festangestellten, der dieselbe Tätigkeit ausführt, entsprechen. Die Flexibilitätszulage soll die Leiharbeiterin bzw. den Leiharbeiter für das hohe Maβ an geforderter Dynamik entschädigen (siehe Wahlprogramm).

Entscheidung des Parteitages			
Angenommen:		Abgelehnt:	
Stimmen dafür:	dagegen:	Enthaltungen:	